

Frankfurt/ Main (DOSB). Der Landessportbund (LSB) Nordrhein-Westfalen sieht die Arbeit der Sportvereine zunehmend durch die kommunale Förderpolitik gefährdet.

Millionengehälter und spektakuläre Fernsehverträge im Profisport dürften nicht darüber hinweg täuschen, dass der größte Teil des Vereinssports von ehrenamtlicher Arbeit in den 20.000 Vereinen in Nordrhein-Westfalen getragen werde, heißt es in einer LSB-Erklärung.

„Es kann nicht sein, dass immer mehr Kommunen Hallennutzungsgebühren für Vereine einführen und gleichzeitig ihre Zuschüsse für die Vereinsarbeit streichen“, sagt LSB-Präsident Walter Schneeloch. Dass darüber hinaus die Sportpauschale des Landes in den Kommunen zunehmend zum Spielball der kommunalen Kämmerer werde, sei nicht akzeptabel. Dagegen müssten sich Sportvereine und die lokalen Sportbünde zur Wehr setzen. Wenn Kommunen die Sportpauschale mit fadenscheinigen Begründungen zweckentfremdeten und als Sanierungsbeitrag für ihren Haushalt verbuchten, sei das ein Schlag ins Gesicht der mehr als 350.000 Ehrenamtlichen, die in den Sportvereinen jährlich Arbeit im Wert von 1,7 Milliarden Euro leisten, so Schneeloch weiter.

Der LSB, heißt es, fordere die künftige Landesregierung auf, die Sportpauschale für die Kommunen von derzeit 50 auf 60 Millionen Euro zu erhöhen und dafür Sorge zu tragen, dass sie tatsächlich der Vereinsarbeit vor Ort zu Gute komme. Das ist einem Forderungskatalog des LSB zur nahen Landtagswahl zu entnehmen. „Wenn die Politik will, dass unsere Vereine weiterhin einen Beitrag zur Bildung und Persönlichkeitsentwicklung von 1,7 Millionen Kindern und Jugendlichen leisten, dann benötigen wir dafür verlässliche Rahmenbedingungen“, sagte Schneeloch.